

ÖFF. BESCHAFFUNGSWESEN Anhang 5

Grundsatz:

Die Kirchgemeinden (KG) unterstehen den Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen, das sowohl für allgemeine Beschaffungen als auch für Bauten des Kantons, der Gemeinden und anderer Träger kommunaler und kantonaler Aufgaben gilt. Im Bereich der katholischen KG gelten die Vorschriften u.a. für alle Bauvorhaben, bei denen eine Kirchgemeinde Bauherrin ist oder die überwiegend durch eine KG und den SV finanziert werden. Je nach Grösse des Bauvorhabens bzw. der einzelnen Teilleistung kommen die Vorschriften über die öffentliche Ausschreibung, des Einladungsverfahrens oder der freihändigen Vergabe zur Anwendung.

Grundlagen:

Für das öffentliche Beschaffungswesen gelten namentlich folgende Vorschriften:

- Bundesgesetz über den Binnenmarkt vom 6. Oktober 1995 (BGBM) (SR 943.02)
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen i.d.F. vom 15. März 2001 (IVöB) (LS 720.1)
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. September 2003 (LS 720.1)
- Submissionsverordnung des Regierungsrates vom 23. Juli 2003 (LS 720.11)

Verfahrensarten:

Für allgemeine Lieferungen und Dienstleistungen einerseits sowie für Bauleistungen andererseits kommen folgende Schwellenwerte und Verfahrensarten (im sog. Nicht-Staatsvertragsbereich) zur Anwendung:

Auftragswert in CHF

Verfahrensart	Lieferungen	Dienstleistungen	Bauleistungen	
			Baunebengewerbe	Bauhauptgewerbe
Freihändige Vergabe	unter 100'000	unter 150'000	unter 150'000	unter 300'000
Einladungsverfahren	unter 250'000	unter 250'000	unter 250'000	unter 500'000
Offenes/Selektives Verfahren	ab 250'000	ab 250'000	ab 250'000	ab 500'000

Berechnung Auftragswert: Massgeblich ist der aufgrund einer Schätzung berechnete gesamte Auftragswert (inkl. z. B. Folgeaufträge). Bei etappierten Leistungen und Daueraufträgen gelten besondere Berechnungsregeln. Die Aufteilung von Aufträgen mit der Absicht, die Schwellenwerte zu umgehen, ist nicht zulässig.

Zum Bauhauptgewerbe gehören alle Arbeiten für die tragenden Elemente eines Bauwerks, z.B. Maurer- und Betonarbeiten, Gerüstbau- und Fassadenisolationsarbeiten, Aushub-, Bagger- und Traxarbeiten, Strassenbau (inkl. Belageinbau), Spezialtiefbau (Pfählungen, Baugrubensicherungen, Ankerarbeiten etc.), Steinhauer- und Steinbrucharbeiten, Abbruch.

Zum Baunebengewerbe gehören alle übrigen Bauarbeiten, namentlich Maler-, Gipser-, Dachdecker-, Plattenleger-, Gärtner-, Spenglerei-, Heizungs-, Klima-, Lüftungs-, Schreiner-/Zimmerei-, Metallbau- sowie Sanitär- und Elektroinstallationsarbeiten.

Im Einzelfall ist immer zu prüfen, ob konkrete Bauarbeiten ein tragendes Element betreffen; so können Zimmer- oder Metallbauarbeiten je nach Bauvorhaben ein tragendes oder ein nicht-tragendes Element betreffen.

Grundzüge der einzelnen Verfahrensarten:

- a) **Submission (offenes Verfahren):** die Auftraggeberin schreibt den geplanten Auftrag öffentlich aus (im kantonalen Amtsblatt und im Internet unter <http://www.simap.ch>). Alle Anbietenden können ein Angebot einreichen.
- b) **Submission (selektives Verfahren):** die Auftraggeberin schreibt den geplanten Auftrag öffentlich aus und gibt im ersten Verfahrensschritt die Eignungskriterien bekannt, die Anbietende erfüllen müssen, um ein konkretes Angebot einreichen zu dürfen (sog. Präqualifikation). Nach Überprüfung der Eignungskriterien entscheidet die Auftraggeberin über die Erfüllung der Eignungskriterien und lädt die entsprechenden Anbietenden zur Einreichung eines konkreten Angebotes ein.
- c) **Einladungsverfahren:** Die Auftraggeberin bestimmt, welche Anbietenden ohne Veröffentlichung direkt zur Angebotsabgabe eingeladen werden. Es müssen (wenn möglich) mindestens drei Angebote eingeholt werden.
- d) **Freihändiges Verfahren:** Direkte Vergabe des Auftrages an eine/n Anbietende/n ohne Ausschreibung.

Teilnahme «vorbefasster Personen» an der Projektausschreibung

Nach neuer Gerichtspraxis dürfen Ingenieure/Architekten etc. in Submissionen zu Bauprojekten zugelassen werden, auch wenn sie mit dem Vorprojekt oder der Ausarbeitung von Projektunterlagen «vorbefasst» sind, das heisst daran mitgearbeitet haben.

Transparenzanforderung: In jedem Fall muss die Art der Vorbefassung offen in den Submissionsunterlagen zur Offerte deklariert werden.

Folgende Bedingungen/Ausnahmen müssen erfüllt sein:

Ausnahme 1: Spezielle Objekt-Kenntnisse (z. B.: Urheber, Architekt etc.); Einzigartigkeit der Aufgabe (es gibt nur sehr wenige weitere Anbieter im Submissionsbereich)

Ausnahme 2: Es fand nur eine untergeordnete Mitarbeit statt (z. B.: Erteilen von Auskünften oder Ratschlägen, Verfassen von Machbarkeitsstudien, Erstellen von Richtofferten etc.)